

1313 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Unterrichtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Feber 1975  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerschaftsgesetz  
1973, BGBl.Nr. 309, geändert wird

Nach § 15 Abs. 9 des Hochschülerschaftsgesetzes 1973 sind die  
Hochschülerschaftswahlen jeweils am Mittwoch und Donnerstag einer  
Woche in der zweiten Maihälfte durchzuführen. In der Praxis haben  
sich die dadurch möglichen Termine für die Festsetzung von Hoch-  
schülerschaftswahlen als zu begrenzt erwiesen. Der vorliegende  
Gesetzesbeschluß des Nationalrates erstreckt daher den für  
die Abhaltung dieser Wahlen in Betracht kommenden Zeitraum auf  
zwei Monate, und zwar von Mitte April bis Mitte Juni.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner  
Sitzung vom 25. Feber 1975 in Verhandlung genommen und einstimmig  
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu  
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somi  
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Feber 1975  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerschaftsgesetz  
1973, BGBl.Nr. 309, geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 25. Feber 1975

Hofmann-Wellenhof  
Berichterstatter

R e m p l b a u e r  
Obmannstellvertreter